

Katrin Seddig
Fremd und befremdlich

Wir müssen wissen
müssen, zu wem wir
da aufblicken, beim
Bismarck-Denkmal

Da in verschiedenen Teilen der Welt derzeit Denkmäler umgestoßen werden, überlegt man auch in unserer schönen Hansestadt, wie man sich zum Bismarck stellen soll, der über dem Hamburger Hafen thront. Einerseits ist es vielleicht eine gute Sache, die Kolonialisten anderswo entfernt zu sehen, denn den Kolonialismus finden wir jetzt größtenteils nicht mehr so gut. Andererseits sind wir Deutschen doch gar keine so schlimmen Kolonialisten gewesen, oder nicht? Und der Kolonialismus, auch wenn man es nicht sagen darf, ist doch auch irgendwie gut gewesen, denn er hat den armen Menschen einen Fortschritt gebracht, oder nicht?

Nicht? Etwa das entnehme ich den Kommentaren zu diesbezüglichen deutschen Presseartikeln. Dass andere Menschen in anderen Ländern Schmutzflecken in ihren öffentlichen Räumen entfernen, scheint hinnehmbar, dass aber im eigenen Garten solche Schmutzflecken überhaupt auch nur vorhanden sind, streitet man empört ab. Schon als Kind hat man doch so gern, wenn man mit den Eltern zum Hafen spazierte, zum Bismarck aufgeblickt, und hat sich so stolz und erhaben dabei gefühlt.

Und schon führt man manches Gute an, was die Deutschen dem Bismarck zu verdanken hätten. Man setzt sich für die Kunst ein, die nicht zerstört werden darf. Die Geschichte müsse als Denkmal überleben, sei sie auch kritisierbar oder gerade deshalb, uns eben zur Mahnung. Mich wundert, dass wir nicht, unter diesem Gesichtspunkt, ein paar Adolfe wieder aufstellen, denn momentan, so scheint es mir, bräuchte es recht viel Mahnung in dieser Richtung.

Nun ist der Bismarck wirklich kein Adolf, was er war, wie schlecht oder gut, als historische Figur, als Mensch seiner Zeit, das kann sich jeder selbst erforschen, indem er in ein Gesichtsbuch guckt. Und ich finde, dass wir wissen müssen, zu wem wir da aufblicken, denn anders als aufblicken kann man zu so einem

Wir müssen Denkmäler
entfernen, wenn sie
Verbrecher zeigen

überdimensionalen Denkmal, wie dem Bismarck am Hafen nicht. Dass wir uns auseinandersetzen, dass wir diese Debatten führen, Denkmäler dann entfernen und Straßen umbenennen, wenn sie eben falsch sind, weil es Verbrecher waren, nach denen diese Straßen und Denkmäler benannt wurden.

Viele Menschen wollen keine Veränderungen. Ihre Vergangenheit soll durch nichts befleckt werden. Wenn ihrer Oma Häuschen in einer Straße mit rassistischem Scheißnamen stand, dann ist ihnen dies dennoch ein guter Name und das gilt ihnen erst recht für ihre Lieblingsfähigkeit, weil: Das war unsere wunderbare Vergangenheit!

Das ist die Zielgruppe für Facebookbeiträge, die „Wir Kinder der Sechziger, Siebziger, Achtziger, Neunziger ...“ heißen, in denen es darum geht, dass in den Sechzigern, Siebzigern, Achtzigern, Neunzigern alles besser war als heute und eine Kindheit damals eine richtige und schöne Kindheit, die heutige aber falsch und nicht schön ist. Vielleicht beruht dieser Drang nach nostalgischer Verklärung der Vergangenheit auch auf der Angst, nicht richtig zu sein. Aber beruhige dich, mein Freund, deine Kindheit war gut, du bist gut, deine Straße ist gut, alles ist gut. In der Lüge richte ich dir ein Heim.

Der Bismarck am Hafen wird eben gerade für neun Millionen Euro saniert. Es wäre dann wohl blöd, ihn jetzt gerade umzukippen. Lässt man ihn halt stehen. Vielleicht ist es richtig, vielleicht ist es falsch. Richtig ist es allerdings immer und in jedem Falle, zu denken und Dinge in Frage zu stellen, auch die eigene, ganz persönliche Vergangenheit. Wir Leute aus dem Osten haben damit übrigens hinreichend Erfahrung gemacht, unsere Kindheit ist ganz allgemein als falsch und schlecht erklärt worden, unsere Denkmäler sind alle lange demontiert, die Straßen umbenannt, unsere Biographien und die unserer Eltern schambefahet. Wir lächeln nur müde über euer'n blöden Bismarck. Im besten Falle vielleicht, ein Teil sucht sich in ihm auch eine neue, alte Identität, erfindet sich einen Kranken Stolz, weil wir auch kein grades Rückgrat haben als der andere Teil der Republik. Vielleicht ist das das Hauptproblem.

Die Novemberpogrome von 1938 waren nicht spontan, sondern zentral angeordnet und durch Aktionen wie diesen antisemitischen Hetzmarsch vorbereitet
Foto: Ullstein/dpa



„Kristallnacht-Vergleich ist völlig inakzeptabel“

Sachsens Gedenkstätten-Chef nannte die Stuttgarter Krawalle „Bundeskristallnacht“. Harald Schmid vom Forum der Erinnerungsorte erklärt, warum das ein Desaster ist

Interview Petra Schellen

taz: Herr Schmid, in welcher Tradition steht Sachsens Gedenkstätten-Chef Reiprich, wenn er die Stuttgarter Krawalle „Bundeskristallnacht“ nennt?

Harald Schmid: Er befindet sich damit in einer langen Geschichte der Bagatellisierung der Pogrome vom November 1938. Diese Ereignisse wurden auf Text- und Fotoebene jahrzehntlang weißgewaschen. Noch heute taucht in Texten oft nicht auf, dass damals auch Menschen ermordet wurden. Über 1.000 Juden starben im Kontext der Pogrome.

Warum wird das verschwiegen?

Heute ist das ja breiter bekannt. Aber es handelt sich um eine lange Deutungslinie. Sprachlich beginnt sie bei der bis heute benutzten Formel: „als die Synagogen brannten“. Zudem wurde über Jahrzehnte kaum mehr als ein halbes Dutzend Fotomotiv verbreitet: brennende Synagogen, zerstörte Scheiben von Läden in Berlin – von Ermordeten und Tätern keine Spur. Aber der Kern der Gewalt – dass das deutsche Judentum 1938 sozio-kulturell quasi enthaupftet, dass ein großer Teil der Infrastruktur zerstört wurde: Das wurde lange nicht in der ganzen historischen Dimension zur Kenntnis genommen. Denn es wurden reichsweit auch Tausende Wohnungen, Geschäfte, Friedhöfe, Schulen und Heime verwüstet und geplündert.

Alles in einer Nacht?

Nein – gerade nicht! Polemisch könnte man sagen: Wäre es doch nur diese eine Nacht gewesen! Aber so war es nicht. Die landesweite Gewalttätigkeit wurde zwar in dieser Nacht ausgelöst; der Zusammenhang mit dem Attentat des Juden Herschel Grynszpan in Paris auf den Diplomaten Ernst vom Rath am 7. November 1938 ist ja belegt. Noch am selben Abend begingen NS-Verbände – ohne zentrale Steuerung – in Hessen erste Gewalttaten gegen Juden. Am 8. November – 24 Stunden, bevor NS-Propagandaminister Goebbels die Pogrome zentral anordnete – wurde in Hessen der erste Jude umgebracht, Robert Weinstein.

Der Beginn einer Pogromwelle.

Ja. Sie dauerte, trotz Stopp-Appellen über Rundfunk und den „Völkischen Beobachter“, oft tagelang, mitunter bis zu einer Woche – wie in Leipzig und Wien. Da waren schon 30.000 jüdische Männer verhaftet und für Wochen und Monate in KZ deportiert. Sie wurden von heute auf morgen aus einer bürgerlichen, noch halbwegs geschützten Welt – obwohl der Ausgrenzungsprozess weit fortgeschritten war – in eine barbarische Parallelwelt gebracht. Von den Überlebenden kehrten viele tief verstört, einige traumatisiert zurück.

Wie konnte angesichts dessen der fast poetische Begriff „Reichskristallnacht“ entstehen?

Schwer zu sagen. Die erste Verwendung lässt sich für Juni 1939 auf einer Gauversammlung der NSDAP in Lüneburg nachweisen. Wie der Begriff entstand, ist unklar. Lange wurde kolportiert, er entstamme dem Berliner Volksmund und beziehe sich auf die Scherben auf Straßen und Trottoirs. Ein Ostpreuße, der das Kriegsende in Hamburg erlebte, hat die Ereignisse „Reichsscherbenwoche“ genannt. Es gab noch etliche weitere Begriffe.

Welcher Ausdruck wäre adäquat?

„Novemberpogrome“. Das ist politisch korrekt, historisch exakt und bezeichnet eine wichtige Zäsur. Nicht in puncto Ausgrenzung; die ja schon seit 1933 im Gange war. Aber im November 1938 begann die – über punktuelle Boykotte, Diffamierungen und Attacken weit hinausgehende – bundesweite offene terroristische Gewalt. Das war im engeren Sinne noch nicht der Genozid, aber eine völlig neue Dimension und ein großer Schritt auf dem Weg nach Auschwitz.



Harald Schmid, 55, ist im Vorstand der LAG Gedenkstätten / Erinnerungsorte Schleswig-Holsteins und Sprecher des Forums der LAGs, Gedenkstätten, Erinnerungsorte.

Die Causa Reiprich

„War das nun eine Bundeskristallnacht oder „nur“ ein südwestdeutsches Scherbennächtchen?“, twitterte Siegfried Reiprich, Chef der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, am 29. Juni zu den Stuttgarter Krawallen: Später nannte er das „ironisch“ und seine Kritiker intolerant. Sachsens Kulturministern distanzierte sich derweil. Die sächsische Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, das Forum der LAGs, Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen sowie die AG der KZ-Gedenkstätten fordern seinen Rücktritt.

ber Schritt auf dem Weg nach Auschwitz.

Und wie beurteilen Sie Herrn Reiprichs Vergleich der Novemberpogrome mit den Stuttgarter Krawallen?

Als Politikwissenschaftler und Historiker würde ich sagen, es ist zunächst stets ein methodisches Problem: Wo vergleicht man Ereignisse – differenziert und den eigenen Standort reflektierend – und wo versucht man einfach gleichzusetzen? Wie setzt man Vergangenheit ins Verhältnis zur Gegenwart? Bezüglich dieser Fragen lässt mich Herrn Reiprichs Äußerung aber – freundlich gesagt – ratlos zurück.

Er hat seinen Tweet inzwischen als „Ironie“ bezeichnet. Es grenzt an eine intellektuelle Beleidigung, überhaupt argumentieren zu müssen, worin die Unterschiede bestehen. Die Fallhöhe zwischen den Novemberpogromen und dem, was in Stuttgart geschah, ist extrem. Außerdem agiert Reiprich merkwürdig ambivalent: Einerseits bagatellisiert er die historischen Ereignisse. Andererseits dramatisiert er, indem er von einem Klima der Intoleranz spricht – nur, weil er Kritik für einen historisch völlig inakzeptablen Bezug bekommt.

Auch bezüglich der Dimension hintert der Vergleich.

Ja. Erstens waren die Novemberpogrome die zentral gesteuerte, rassistisch motivierte Aktion eines diktatorischen Systems. Zweitens fanden sie reichsweit statt. Dritter Punkt: die Folgen. Natürlich war das in Stuttgart ein heftiger Gewaltausbruch. Aber wir wissen noch wenig über die Motivation. Das ist Lichtjahre entfernt von dem, was 1938 passierte.

Herr Reiprich sagt: „Mich in die rechte Ecke zu stellen, ist absurd.“ Ist es das?

Ich scheue mich, immer sofort zu sagen: Das ist ein Rechter. Aber jemand, der sich an öffentlichen Debatten beteiligt, muss wissen, dass er sich mit bestimmten Begriffen im einschlägigen Kontext bewegt, hier im rechtspopulistischen Diskurs. Mal angenommen, Herr Reiprich hätte nur den „Bundeskristallnacht“-Tweet abgesetzt und das andere, was man von ihm liest, nicht gesagt ...

Sie meinen seine Befürchtung, dass die „Weißen“ aussterben.

Ja. Und angenommen, er hätte jetzt nur gesagt: Tut mir leid, ich habe mich vergaloppiert. Dann könnte man vielleicht nach ein paar Tagen kopschüttelnd zur Tagesordnung übergehen. Aber er hat ja eine Geschichte als Leiter der Gedenkstätten-Stiftung. Während seiner zehnjährigen Amtszeit hat es ständig Kritik gegeben.

Etwa für seine Förderpolitik.

Ja. In allen ostdeutschen Bundesländern gibt es nicht nur Gedenkstätten zur NS-Zeit, sondern auch solche, die die SED-Diktatur aufarbeiten. Unter Herrn Reiprich gab es Haushaltsjahre, in denen 85 Prozent der Fördermittel in die Aufarbeitung des DDR-Unrechts flossen. Das mag seiner Biographie als Opfer der SED-Verfolgung geschuldet sein. Die Satzung der Gedenkstätten-Stiftung legitimiert das jedenfalls nicht.

Fordern Sie seinen Rücktritt?

Ja. Herr Reiprichs Äußerungen offenbaren eine Negation historischen Bewusstseins, die in keiner Weise akzeptabel ist. Wenn eine Gedenkstättenstiftung, die ja gerade seriöse historisch-politische Bildung fördern soll, so etwas hinnimmt, demontiert man sich selbst. Das ist die schlimmste Negativwerbung für Gedenkstätten seitens einer Leitung, die ich kenne.



Katrin Seddig ist Schriftstellerin in Hamburg mit einem besonderen Interesse am Fremden im Eigenen. Ihr jüngster Roman „Das Dorf“ ist bei Rowohlt Berlin erschienen.